

## Drohende Privatisierungen beim Klinikum Region Hannover

Regionspräsident Hauke Jagau schließt Ausgliederungen einzelner Bereiche nicht aus.

❖ Seite 6

## Mehr Geld in die Stadtkasse!

DIE LINKE erschließt Einnahmequellen, anstatt Gebühren anzuheben und Service zu verschlechtern.

❖ Seite 2

## Klagesmarkt weiter in Gefahr

Buntes Bündnis protestiert gegen Bebauung.

❖ Seite 8

## D-Linie als Niederflur-Straßenbahn immer unwahrscheinlicher

❖ Seite 5

# Roter Faden

ZEITUNG DER FRAKTIONEN DIE LINKE IM RAT DER LANDESHAUPTSTADT  
UND IN DER REGIONSVERSAMMLUNG HANNOVER

**DIE LINKE.**

Fraaktionen in der Region Hannover

## Liebe Leserin, lieber Leser,



mit dieser Ausgabe des Roten Fadens informieren wir Sie wieder über aktuelle Entwicklungen und das Geschehen in den kommunalen Räten und Versammlungen der Region Hannover. Zentrales Thema der vergangenen Monate waren dabei die Verabschiedungen der jeweiligen kommunalen Haushalte. Fast alle Kommunen stehen unter großem finanziellen Druck, weil die Bundespolitik in den vergangenen Jahren die Steuereinnahmen der Städte und Gemeinden eingedampft hat, ihnen auf der anderen Seite aber immer mehr Aufgaben aufbürdet, die Geld kosten.

Umso mehr freut es uns LINKE, dass die rot-grüne Koalition im Rat der Landeshauptstadt endlich eingesehen hat, dass es richtig ist, endlich die Einnahmen der Stadt zu erhöhen, statt immer nur zu kürzen. Leider werden mit der höheren Grundsteuer aber über die Umlage auf die Miete auch Menschen mit kleinem Geldbeutel getroffen. Das ist deshalb der falsche Weg. Unserem Antrag, stattdessen die Gewerbesteuer zu erhöhen, ist Rot-Grün leider nicht gefolgt.

Ein weiteres wichtiges Thema im Rat ist die weitere Bebauung der Innenstadt. Verwaltung und rot-grüne Mehrheit planen, mehrere öffentliche Plätze in Hannovers Innenstadt zu bebauen, was in der geplanten Form die Stadt entgegen allen modernen Vorstellungen immer weiter verdichten würde und den Bürgerinnen und Bürgern öffentlichen Raum nimmt. Besonders die geplante Bebauung des traditionsreichen Klagesmarktes stößt dabei auf unseren Widerstand. Ganz besonders erfreulich finde ich auch, dass die Bezirksräte der LINKEN beim Kampf gegen den Rechts-Extremismus ganz vorne dabei sind und immer wieder maßgebliche Initiativen in ihren Stadtteilen entwickeln.

Ihr Oliver Förste  
Fraktionsvorsitzender im  
Rat der Landeshauptstadt

## Mehr Geld in die Stadtkasse!

Die Kassen der Landeshauptstadt sind leer. SPD und Grüne drehen deshalb an der Gebührenschaube und verschlechtern den Service für die Hannoveraner/innen. Die Linksfraktion bekämpft diese Politik, weil sie zu Lasten der Bürger/innen geht. „Die finanziellen Probleme der Stadt werden damit nicht gelöst“, betont die finanzpolitische Sprecherin Helga Nowak. DIE LINKE will dagegen neue Einnahmequellen erschließen, aber auch Ausgaben überprüfen und kostensparende Zukunftsinvestitionen anschieben. „Die Stadt muss die derzeit noch gute Wirtschaftslage nutzen, um deutlich mehr Geld in die Kasse zu bekommen“, sagt Nowak. Das erlaube zugleich, Schulden abzubauen und Geld für schlechte Zeiten zurückzulegen.

### Unternehmen sollen zahlen

DIE LINKE will kommunale Unternehmen verpflichten, deutlich mehr Geld abzuführen – und dabei geht es nicht um Peanuts. Die Stadt ist laut Eröffnungsbilanz mit 1,55 Milliarden Euro an Unternehmen beteiligt. Vor dem Hintergrund der guten Konjunktur fordert Nowak, das Eigenkapital mit vier Prozent zu verzinsen. Innerhalb von drei Jahren sollen so fast 17 Millionen Euro mehr in den Stadtsäckel fließen (siehe Kasten). Die Stadtwerke sollen zusätzlich einen Sozialfonds für Strom und Wärme auflegen. Die Gewerbesteuer will die Linksfraktion um 20 Punkte auf 480 Punkt anheben und eine eine 7-prozentige Abgabe für Übernachtungen in Hotels einführen. Beides zusammen ergibt jährliche Mehreinnahmen von rund 31 Millionen Euro. Weitere 100 Millionen Euro soll eine Hannoveranleihe bringen. Die mit 3,3 Prozent verzinsten Wertpapiere soll jeder Bürger erwerben können.



### Bei Prestigeprojekten kürzen

Um die Einnahmen zu verbessern, kann die Stadt auch Ausgaben kürzen, ohne den Service für die Einwohner/innen verschlechtern zu müssen. Dazu gehören Prestigeprojekte, bei denen die Linksfraktion den Rotstift ansetzen will. Helga Nowak nennt „Events“ wie public viewing und das geplante Museum im Schloss Herrenhausen. Die Dezernate sollen 20 Millionen Euro in drei Jahren einsparen, aber nicht bei Personal und Weiterbildung kürzen.

### Kostensparende Investitionen

DIE LINKE setzt auch auf Investitionen, die die Kosten für die Stadt in Zukunft verringern werden und zugleich gesellschafts- und umweltpolitische Ziele verfolgen. Um jungen Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf zu unterstützen, soll die Stadt einen Bildungsfonds einrichten. Dieser soll benachteiligten Jugendlichen einen berufsqualifizierenden Schulabschluss und, falls erforderlich, eine berufliche Qualifikation ermöglichen. Das beugt Armutskarrieren vor. Mit der Hälfte der Einnahmen aus der Hannoveranleihe will die Linksfraktion Gebäude der Stadt energetisch sanieren, sprich neue

Heizkessel einbauen und die Wärmedämmung verbessern lassen. Vor dem Hintergrund weiter steigender Kosten für Gas und Öl rechnet sich das schon mittelfristig.

### Eigenkapitalverzinsung

Kommunale Unternehmen	Zusätzliche Zahlungen an die Stadt in drei Jahren
Stadtwerke	5,5 Mio. EUR
Stadtsparkasse	3 Mio. EUR
Flughafen, Hafengesellschaft und Hannover Congress Zentrum	3 Mio. EUR
Messe AG	5 Mio. EUR



## Grünes Licht für Logistikzentrum auf Messegelände Starke Lärmbelastung und McJobs sind die Folgen

Seit vielen Monaten schon laufen Bewohner der Stadtteile Bemerode und Mittelfeld Sturm gegen das Vorhaben, einen großen Internetdienstleister auf dem Messegelände anzusiedeln. Der Rat hat diesen Plan inzwischen abgesegnet, nur DIE LINKE stimmte dagegen. Die Anwohner/innen wollen verhindern, dass ein 110.000 Quadratmeter großes Versandhandelszentrum vor ihre Wohngebiete auf den Parkplatz an der Emmy-Noether-Allee gebaut wird. Sie fürchten vor allem den zu erwartenden Lieferverkehr. Schon zu Messezeiten seien die Schnellwege verstopft, sagen sie. Kämen jetzt noch jeden Tag rund 1.000 Lastwagen dazu wären noch schlimmere Staus die Folge. Für zusätzlichen Verkehr wird auch die an- und abreisende Belegschaft sorgen. Gutachter

haben dagegen bei Lärm- und Naturschutz keine gravierenden Einwände geäußert. Die sechs Gutachten kosteten die Stadt 200.000 Euro.

Die Linksfraktion im Rat kritisiert nicht nur die ungeheure Lärmbelastung für die Anwohner/innen. Die Fraktion geißelt auch die Arbeitsbedingungen des Unternehmens, die die Gutachter nicht unter die Lupe genommen haben. Der Vergleich mit anderen Standorten zeigt, dass der Konzern nur befristete Arbeitsverträge mit geringem Lohnniveau vergibt. In Bad Hersfeld etwa, wo das Versandunternehmen schon eine Logistikhalle betreibt, seien inzwischen überwiegend Arbeitnehmer aus Polen, Schweden und Spanien beschäftigt, sagt die wirt-

schaftspolitische Sprecherin Helga Nowak. „Denn in der Region finden sich kaum noch geeignete Mitarbeiter, die dort nicht schon einmal einen Ein-Jahres-Vertrag hatten und deshalb keine Chance auf Wiederbeschäftigung haben.“ Diesem Unternehmen dürfe man deshalb in Hannover nicht noch den roten Teppich ausrollen. „Die Stadt braucht Arbeitsplätze mit einer Zukunftsperspektive, bei denen die Menschen nicht nach wenigen Monaten wieder arbeitslos werden“, betont LINKEN-Fraktionsvorsitzender Oliver Förste. Inzwischen wurde auch bekannt, dass sich das Unternehmen an der Ausbeutung von tausenden Praktikanten beteiligt hat. Diese mussten in Kooperation mit der Arge monatelang unentgeltlich arbeiten, ohne anschließend übernommen zu werden.

## Höhere Eintrittspreise für Herrenhäuser Gärten vom Tisch

SPD und Grüne haben sich von ihrem Plan verabschiedet, in Zukunft keine einzelnen Eintrittskarten für Berggarten und Großen Garten mehr anzubieten. Zu stark war wohl der Widerstand auch in den eigenen Reihen. Geplant war, eine Kombi-

Eintrittskarte für die Herrenhäuser Gärten einzuführen. Darin sollte auch der Besuch des neuen Schlossmuseums enthalten sein, auch wenn die Besucher/innen es sich gar nicht ansehen. Der Preis für den Besuch der Herrenhäuser Gärten wäre damit im Sommer von fünf auf acht Euro gestiegen. Die Linksfraktion machte zuvor Druck mit einem Antrag. Diesen haben SPD und Grüne schließlich übernommen und als eigenen Antrag eingebracht. Danach bleiben die einzelnen Eintrittspreise erhalten, und es gibt eine Gesamtkarte für alle Leistungen.



Teurer als erwartet: Herrenhäuser Schloss im Rohbau.

Oberbürgermeister Stephan Weil hatte bei der Vorstellung der Pläne versprochen, dass der Nachbau des Herrenhäuser Schlosses die Stadt nichts kosten solle. Tatsächlich muss Hannover jetzt kräftig zubuttern. „Deshalb wollten SPD und Grüne mit ihrem Kombi-Ticket die Besucher an den Bau- und Betriebskosten beteiligen“, vermutet Gunda Pollok-Jabbi, kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion. Sie fordert von Rot-Grün, den Hannover-Aktiv-Pass auszuweiten, damit Arbeitslose und Geringverdiener freien Eintritt haben.

## Volkshochschule - Honorare der Lehrkräfte deutlich anheben! (1)

■ Dozent/innen an der Volkshochschule werden meist schlecht bezahlt. Die Honorare der Lehrkräfte dümpeln auf niedrigem Niveau und sind obendrein seit fünf Jahren nicht mehr erhöht worden. Deshalb fordert die Linksfraktion im Rat der Landeshauptstadt, die Entgelte in einem ersten Schritt um zehn Prozent anzuheben. Damit die Lehrkräfte in Zukunft von der Einkommensentwicklung profitieren, sollen ihre Honorare analog zum Entgelt der Beschäftigten der Stadt steigen. „Lasst uns die Bildung schätzen“, sagt die linke Ratsfrau Gunda Pollok-Jabbi, „und zwar nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten.“ Eine vernünftige Bezahlung sei auch wichtig, um weiterhin qualifiziertes Lehrpersonal gewinnen zu können.

Unabhängig davon, hat die Stadt entschieden, der Volkshochschule am Hohen Ufer ein neues Gebäude bereitzustellen. DIE LINKE bemängelt, dass in den Architektenentwürfen eine Photovoltaikanlage fehlt, obwohl das Gebäude ein Flachdach erhalten soll.

...sehen Sie dazu auch Seite 7

## KiTas in Gehrden und Neustadt werden privatisiert

Vollmundig hat sich die SPD im Kommunalwahlkampf gegen Privatisierungen von Bussen, Bahnen und Krankenhäusern ausgesprochen. Von Kindertagesstätten war auf den Wahlplakaten nichts zu lesen - und das hat Folgen. Gegen die Stimmen der Linksfraktion hat die Regionsversammlung schon vor einiger Zeit beschlossen, die regionseigenen Kindertagesstätten in Gehrden und Neustadt an die Berliner Klax-Gruppe zu verkaufen. Dieses Unternehmen betreibt auch Schulen und Krippen. „Bildung gehört nicht in private Hände“, kritisiert LINKEN-Fraktionsvorsitzender Stefan Müller den Beschluss. Stattdessen müssten Region, Städte und Gemeinden die Betreuungsangebote ausbauen, damit alle Kinder zum Zuge kommen. Angeschmiert sind möglicherweise auch die Mitarbeiterinnen. Die Be-

dingungen, zu denen sie vom neuen Arbeitgeber übernommen werden sollen, hat der Personalrat bis zuletzt kritisiert.



## Stadtbahntakt / Grüne brechen Wahlversprechen

■ Obwohl die Grünen den Wähler/innen im Kommunalwahlkampf versprochen hatten, den 7,5-Minuten-Takt bei der Üstra wieder einzuführen, haben auch sie einen Antrag der Linksfraktion in der Regionsversammlung abgelehnt. Danach sollten die Regionspolitiker/innen, die im Aufsichtsrat der Üstra sitzen, aufgefordert werden, weiteren geplanten Verkäufen von 50 grünen Stadtbahnen nicht zuzustimmen - eine Voraussetzung dafür, dass Straßen- und U-Bahn in Zukunft wieder häufiger fahren können. Sonst fehlen der Üstra dafür die Fahrzeuge. SPD und Grüne haben den bewährten 7,5-Minuten-Takt vor rund zehn Jahren abgeschafft, um Geld zu sparen. „Das war ein schwerer verkehrspolitischer und umweltpolitischer Fehler“, sagt der linke Verkehrspolitiker Michael Fleischmann, der damals in der Regionsversammlung dagegen gekämpft hat. „Wenn die Bahn häufiger fährt, ist das nicht nur im Sinne der Fahrgäste, sondern dient auch den Klimaschutzziele der Region.“

## Asbesttransport rückt in weite Ferne

Der geplante Abtransport der Asbesthalde in Wunstorf-Luthe wird immer unwahrscheinlicher, nachdem die Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein eine Annahme der Asbestabfälle auf ihren Deponien untersagt haben. Zu groß ist die Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung. DIE LINKE in der Regionsversammlung hat diesen Umstand zum Anlass genommen, um einmal mehr die Sanierung der Halde vor Ort zu beantragen. Das Geld dafür soll laut linkem Antrag vom Rechtsnachfolger der ehemaligen Firma Fulgurit kommen, die das ehemalige Asbest-Zement-Werk in Luthe betrieben hat. Leider lehnte die Regionsversammlung mit großer Mehrheit auch dieses Mal den linken Antrag ab. Beim Transport sollen rund 8.000 Lastwagenladungen 170.000 Tonnen Abfälle aus der Asbestproduktion quer durch Norddeutschland fahren.

### Filterstäube besonders gefährlich

Auf der Halde lagert nicht nur der offiziell eingeräumte Asbestzementschlamm. Nach Angaben von Fulgurit-Mitarbeitern wurden auch Filterstäube mit hohen Asbestgehalten deponiert. „Wenn dort bei der Abtragung

ein Bagger reingreift, dann ist das eine Katastrophe“, warnt Michael Fleischmann, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion. „Dann werden Millionen Asbestfasern freigesetzt. Für Asbest gibt es keinen Schwellenwert, auch einzelne Fasern können krebs-erregend sein.“

### Bei Testfahrten wurde geschummelt

Sachverständige kritisieren die Testfahrten für den geplanten Transport. Nach Angaben von Klaus Koch vom Umweltnetzwerk Hamburg kann von bisher sechs Fahrten nur eine einzige gewertet werden. Pumpen seien etwa ausgefallen, die die Konzentration der entweichenden Asbestfasern messen sollten. Außerdem soll das Asbestmaterial stark gewässert worden sein. „Dass dann kaum Fasern entweichen, ist kein Wunder“, sagt Koch und warnt: „In jedem Liter Wasser, der aus dem Lastwagen tropft, sind Millionen Asbestfasern, die sich nach dem Trocknen in der Luft verbreiten.“ Nach seinen Angaben kostet der Transport mit 9,6 Millionen Euro fast dreimal so viel wie die Sicherung der Halde vor Ort.

## Laatzen Rat fordert mehr Hausärzte

■ Der Rat der Stadt Laatzen hat einstimmig einen Antrag der linken Ratsfrau Nicole Hendrych beschlossen. Danach wird die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen gebeten, eine gute Versorgung der Bevölkerung mit Hausärzten in Laatzen sicherzustellen. Denn in Laatzen fehlen Allgemeinmediziner/innen. Der Ortsteil Alt-Laatzen etwa hat keinen Hausarzt mehr, der in vollem Umfang zu den üblichen Sprechzeiten praktiziert, obwohl dort mehr als 6.000 Menschen wohnen. Besonders betroffen sind Ältere und chronisch Kranke, die regelmäßig zur Kontrolle müssen. Klassische Hausbesuche fallen flach, obwohl gerade die besonders wichtig sind. Eltern müssen mit ihren Kindern selbst wegen „Kleinigkeiten“ lange auf einen Termin in der vollen Kinderarztpraxis in Alt-Laatzen warten. Auch die Landtagsfraktion ist am Thema dran, weil Hausärzte auf dem Land auch woanders fehlen. Die Linksfraktion fordert von der Landesregierung, Anreizsysteme zu schaffen, damit sich mehr Ärzte ansiedeln. Das können etwa günstige Darlehen der NBank sein. Andere Bundesländer haben schon entsprechende Förderprogramme aufgelegt.

## D-Linie als Niederflur-Straßenbahn immer unwahrscheinlicher



Noch ohne Hochbahnsteig: Haltestelle Leinaustraße in der Limmerstraße.

Seitdem das Land angekündigt hat, die neue Stadtbahnlinie 10 oder D-Linie aus Kostengründen eher mit Hochbahnsteigen fördern zu wollen, wird eine Niederflurbahn immer unwahrscheinlicher. Denn die SPD in der Regionsversammlung will die Hochflurbahn, und ohne die Fördergelder des Landes von rund 42 Millionen Euro kann die D-Linie nicht umgebaut werden. Vor allem in Linden laufen die Einwohner/innen und Geschäftsleute Sturm gegen den Plan, die Limmerstraße mit klobigen Hochbahnsteigen zu verschandeln. Auch DIE LINKE fordert seit vielen Jahren den Ausbau der Stadtbahnlinie 10 als Niederflur-Straßenbahn.

### Landeszuschüsse fraglich

Das Land begründet seine Position mit höheren Folgekosten einer Niederflurbahn, die ein Gutachten der Region ermittelt hat. Danach sollen nicht nur die Anschaffungskosten der Niederflurfahrzeuge höher sein. Auch bei den Betriebskosten schneidet die Niederflurbahn wegen eines zusätzlichen Werkstattsystems angeblich deutlich schlechter ab als

die Hochflurbahn. Die Linksfraktionen in Rat und Regionsversammlung und Umweltverbände kritisieren das Gutachten. DIE LINKE weist darauf hin, dass man die Anschaffungskosten durch Einkaufsgemeinschaften mit anderen Verkehrsbetrieben deutlich senken kann. Die höheren Betriebskosten entfallen, wenn man sich die Niederflurbahn in Zukunft als ergänzendes oberirdisches Stadtbahnsystem denkt. Niederflurfahrbahnen könnten etwa durch die Sallstraße, die Bödeckerstraße und die Ferdinand-Wallbrecht-Straße fahren und die oft überfüllten und verspäteten Busse überflüssig machen. Auch hier sind Hochbahnsteige aus städtebaulicher Sicht nur schwer vorstellbar. „Dieser Aspekt fehlt im Gutachten der Region“, bemängelt der Verkehrsclub Deutschland (VCD). Er kritisiert außerdem, dass im Gutachten bei der Niederflurbahn steigende Einnahmen fehlen. Die Fahrgastzahlen würden steigen, weil eine Niederflurbahn im Stadtbild attraktiver und für die Fahrgäste besser erreichbar sei, so der VCD.

### Wirbel um Bürgerbefragung

Im Vorfeld gab es Wirbel um eine regionsweite Bürgerbefragung. Darauf verständigten sich Grüne und SPD in der Regionsversammlung, weil sie bei der Niederflurbahn tief zerstritten sind. Laut rot-grünem Beschluss sollen auch Einwohner/innen aus Barsinghausen oder Sorgensen darüber entscheiden, ob die Linie 10 als Hochflur- oder Niederflur-Bahn fährt - für DIE LINKE grober Unfug. „Wieso sollen die Einwohner der Umlandkommunen über etwas mitentscheiden, was sie wegen fehlender Betroffenheit nicht interessiert und was sie deshalb meist auch gar nicht kennen“, fragt der Verkehrspolitiker Michael Fleischmann. Sinnvoll sei eine Bürgerbefragung in den betroffenen Stadtteilen Hannovers.

## Bezirksrat fordert Solarzellen auf allen Gebäuden

Der Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt hat einen Antrag der LINKEN beschlossen, alle Gebäude der Landeshauptstadt mit Photovoltaikanlagen und Solarthermieanlagen zur Wärmenutzung auszustatten. „Wir wollen damit unser Versprechen zur Kommunalwahl einlösen und den Atomausstieg im Stadtbezirk unumkehrbar machen“, sagt Bezirksratsherr Siegfried Seidel. Ein entsprechender Änderungsantrag zum Haushalt der Landeshauptstadt wurde mit großer Mehrheit angenommen. „Dieser Antrag hätte eigentlich von uns kommen müssen“, sagte Hanne Hintz-Oppelt von den Grünen - kam er aber nicht. Wenn der Antrag auch im Rat eine Mehrheit findet, werden die Energiekosten für die Stadt sinken. Mit dem freiwerdenden Geld solle die Stadt in Schulen und Kindertagesstätten kostenloses Bioessen anbieten, regt Siegfried Seidel an. „Das ist ein Beitrag für eine gesunde Ernährung unserer Kinder.“ Als ersten Schritt dahin hat er beantragt, den Kindern und Schülern gentechnikfreies Essen anzubieten. Die CDU meldete Beratungsbedarf an.

## Ehrenpreis für engagierte Einwohner/innen

Die Politiker im Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt haben beschlossen, einen Ehrenpreis für engagierte Einwohner einzuführen. Der Anstoß dazu kam vom linken Bezirksratsherrn Siegfried Seidel. „Viele Bürgerinnen und Bürger haben durch ihr uneigennütziges Engagement viel für das Gemeinwohl bewegt“, begründet Seidel seine Initiative. „Diesen Menschen gilt es, im Namen des Stadtbezirks Danke zu sagen.“ Einen Vorschlag, wer den Preis zum ersten Mal erhalten soll, hat er auch schon. Nach seinen Vorstellungen soll das der Arbeitskreis „Bürger gestalten ein Mahnmal“ sein, der seit 25 Jahren an das Konzentrationslager in Ahlem erinnert. Es handelte sich um ein sogenanntes Außenlager, in dem die Häftlinge zur Sklavenarbeit gezwungen wurden und Hunger und Gewalt ausgesetzt waren. Das Engagement des Arbeitskreises wider das Vergessen sei gerade in der heutigen Zeit besonders wichtig, betont Siegfried Seidel und verweist auf die Neonaziszene in der Region Hannover.



## Klinikum steuert auf Millionendefizit zu Privatisierungen nicht ausgeschlossen

Das Klinikum Region Hannover steuert mit seinen Krankenhäusern nach einem Bericht der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung dieses Jahr auf ein Millionendefizit zu - laut Wirtschaftsplan rund 4,2 Millionen Euro. Durch den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst dürfte das Defizit weiter steigen. Laut Zeitungsbericht denken Mitglieder des Aufsichtsrates darüber nach, Bereiche an Fremdfirmen zu vergeben, um Personalkosten zu sparen und einzelne Kliniken zu schließen. In diesem Zusammenhang sollen die Krankenhäuser in Gehrden und Springe genannt worden sein. Nur zwei Tage später beeilten sich Regionspräsident Hauke Jagau (SPD) und Klinikum-Geschäftsführung, die Schließungspläne in der Presse abzustreiten. Das Klinikum sei wirtschaftlich gesund, hieß es. Stutzig macht aber, dass sich Regionspräsident und Geschäftsführung nicht kategorisch gegen mögliche Privatisierungen einzelner Bereiche ausgesprochen haben.

Durch die Einführung von Fallpauschalen, mit denen die Kliniken die Behandlungskosten mit den Krankenkassen abrechnen, wächst der Kosten- und Arbeitsdruck in den Krankenhäusern seit Jahren enorm. Die Beschäftigten im Klinikum Region Hannover verzichteten in der Vergangenheit schon auf einige Prozente ihres Tariflohnes. Dafür sicherte der Regionspräsident langfristig zu, Arbeitsplätze zu erhalten und keine Kliniken zu verkaufen. Viele Beschäftigte sind durch den Zeitungsbeitrag nun verunsichert. Stefan Müller, Vorsitzender der Linksfraktion in der Regionsversammlung, verlangt vor diesem Hintergrund ein klares Bekenntnis des Regionspräsidenten zum Klinikum in öffentlicher Hand - und zwar auch für die Zeit nach der Landtagswahl. Das müsse auch für den Erhalt einzelner Abteilungen gelten, so Müller, die die Region auf keinen Fall an Fremdfirmen abgeben dürfe.

## Fössebad vor dem Aus?



Nicht nur die Betreibergesellschaft kämpft derzeit um die Zukunft des beliebten Fössebades in Limmer. Wenn die Stadt kein Geld gibt, um das Bad zu sanieren und zu modernisieren, muss es für immer seine Pforten schließen. Die Sauna wurde schon vor längerer Zeit dicht gemacht. Das Gesundheitsamt hat jetzt auch den Weiterbetrieb des Freibades untersagt, dringend benötigte Einnahmen gehen verloren. Die alte Pumpenanlage kann das Schwimmbecken nicht mehr mit genug Chlor versorgen. Sa-

nierungsbedürftig ist auch die Schwimmhalle, die Schulklassen und Sportvereine intensiv nutzen. Der Grund für die Misere: Die Stadt hat den Betriebskostenzuschuss seit 19 Jahren nicht erhöht, der damit inflationsbereinigt deutlich gesunken ist. Gleichzeitig sind die gesetzlichen Anforderungen an einen Schwimmbadbetreiber ständig gestiegen.

Auf einer Sitzung des Bezirksrats waren die rund 250 Zuhörer/innen vor allem an einer Weiterführung des Freibades interessiert. „Das hat auch für uns erste Priorität“, sagt Dirk Machentanz, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bezirksrat Linden-Limmer. Er kann auch der Forderung der Sportvereine und der Betreibergesellschaft nach einer neuen zweiten Schwimmhalle einiges abgewinnen. Aber natürlich müsse auch die bestehende Schwimmhalle saniert werden, betont er.

## Resolutionen gegen Rechts

■ Vor dem Hintergrund der Morde der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ und den Umtrieben der hannoverschen Nazigruppe „Besseres Hannover“ hat DIE LINKE in den Bezirksräten Resolutionen eingebracht. Danach sollen Neofaschismus, Rechtsterrorismus und seine Unterstützerszene in der Region Hannover bekämpft werden. Siegfried Seidel (LINKE) freute sich über die einhellige Zustimmung im Bezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt: „Das hat es bei einem Antrag der LINKEN noch nie gegeben.“ Im Bezirksrat Linden-Limmer fanden zwei linke Anträge eine Mehrheit. Danach veranstaltet der Bezirksrat einen Workshop und lässt eine Zeitungsbeilage erstellen, um über Rechtsextremismus im Stadtteil aufzuklären. Außerdem wird gefordert, die NPD zu verbieten.

Nicht überall lief es so glatt. Erst nach langem Hin und Herr hat der Bezirksrat Herrenhausen-Stöcken eine Resolution gegen Rechts verabschiedet. Der Bezirksrat Nord begrüßte zwar die linke Resolution grundsätzlich, verfolgte sie aber nicht weiter, weil ein ähnlich lautender Antrag im Rat verabschiedet wurde. Im Bezirksrat Buchholz-Kleefeld kam auf Initiative der linken Bezirksratsfrau Irene Hagen eine Anhörung zum Rechtsextremismus im Stadtbezirk zustande. In Döhren-Wülfel, wo „Besseres Hannover“ seit einiger Zeit durch Infotische auffällt, macht LINKEN-Bezirksratsherr Manfred Milkereit Druck.

## Impressum

Herausgeberinnen:  
**Fraktion DIE LINKE im Rat der  
Landeshauptstadt Hannover**

Leinstr. 16, 30159 Hannover  
Tel.: 0511 168 463-48, Fax: /-76  
[www.linksfraktion-hannover.de](http://www.linksfraktion-hannover.de)  
Email:  
[heidrun.tannenberg@hannover-rat.de](mailto:heidrun.tannenberg@hannover-rat.de)

**Fraktion DIE LINKE in der  
Regionsversammlung Hannover**

Hildesheimer Str. 20, 30169 Hannover  
Tel.: 0511 616 211-62, Fax: /-63  
[www.dielinke-regionsfraktion.de](http://www.dielinke-regionsfraktion.de)  
Email:  
[kontakt@die-linke-regionsfraktion.de](mailto:kontakt@die-linke-regionsfraktion.de)

**Redaktion:**  
Michael Fleischmann  
V.i.S.d.P.: Oliver Förste  
Satz: Markus Hintze

## Burgdorf: Ratsresolution gegen Fiskalpakt

LINKEN-Ratsherr Michael Fleischmann hat eine Resolution in den Burgdorfer Rat eingebracht. Danach fordert der Stadtrat die Abgeordneten im Bundestag auf, dem sogenannten Fiskalpakt nicht zuzustimmen. Dieser soll die sozial und wirtschaftlich verheerende Sparpolitik für alle Zeiten im Euro-Raum festschreiben und braucht dafür eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag.

### Auf dem Rücken der Kommunen ...

Fleischmann will mit seiner Aktion Druck aufbauen und hofft auf Nachahmer/innen in Räten und Kreistagen. „Schließlich werden die kommunalen Vertretungen die Zeche für ‚Schuldenbremsen‘ und Co zahlen müssen, die der Fiskalpakt vorschreibt“, gibt der linke Ratsherr zu bedenken. „Bund und Land werden den Spardruck durch weitere Geldkürzungen an die Kommunen weitergeben.“

In den Kommunen drohe eine anhaltende Kürzungspolitik mit Gebühren- und Steuererhöhungen bei weniger Service für die Einwohner/innen, sagt Fleischmann. „Dabei wird es auch um die Schließung und Privatisierung von kommunalen Einrichtungen und Unternehmen gehen.“

### ... und der „kleinen Leute“

Dem Fiskalpakt fußt auf der Behauptung, man könne mit harter Sparpolitik die Staatsschulden abbauen. Genau das Gegenteil ist der Fall, weil die Wirtschaft in die Krise geritten wird. Griechenland und andere südeuropäische Länder sind dafür die sichtbarsten Beispiele. Sozial Schwache, Geringverdiener und zunehmend die Mittelschicht müssen für die Sparpolitik bluten – und die Kürzungen werden noch heftiger ausfallen. Die Staaten sollen laut Fiskalpakt ihre Neuverschuldung

mit „Schuldenbremsen“ angeblich auf Null drücken und zusätzlich Schulden abbauen, was das Zeug hält. Deutschland etwa muss pro Jahr 25 bis 30 Milliarden Euro einsparen. Das ist mehr als der Bund für Hartz IV ausgibt. Steuererhöhungen für Reiche und Unternehmen sind laut Pakt nicht vorgesehen, weil das angeblich der Wettbewerbsfähigkeit schadet, was grober Unfug ist.

Als völkerrechtlicher Vertrag lässt sich der Fiskalpakt kaum ändern. Ist die „Schuldenbremse“ erst in der Verfassung, können sie auch andere politische Mehrheiten kaum mehr rückgängig machen.

Weitere Informationen unter:

- [www.die-linke-burgdorf.de/ratspolitik/anfragen\\_und\\_antraege/](http://www.die-linke-burgdorf.de/ratspolitik/anfragen_und_antraege/)
- [www.demokratie-statt-fiskalpakt.org](http://www.demokratie-statt-fiskalpakt.org)
- [www.europa-neu-begruehenden.de/index.html](http://www.europa-neu-begruehenden.de/index.html)

## Region muss Rettungsdienste betreiben Unsicherheiten für Beschäftigte beenden

### Volkshochschule / Honorare der Lehrkräfte deutlich anheben! (2)

Antrag im Sehnder Rat

■ Auch im Umland setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass Lehrkräfte an Volkshochschulen mehr Geld bekommen. Der Sehnder Ratsherr Dieter Reiniger hat einen Antrag in den Rat eingebracht, wonach die Zwecksverbandsversammlung der Volkshochschule Ostkreis Hannover beauftragt wird, das Honorar pro Unterrichtsstunde auf 20 Euro zu erhöhen. Bisher erhalten die Dozentinnen und Dozenten nur 17 Euro. Das Honorar ist seit zehn Jahren nicht mehr gestiegen und dadurch inflationsbereinigt deutlich gesunken. Davor bekamen die Lehrkräfte 38 D-Mark pro Unterrichtsstunde.

Seit Jahren müssen die Beschäftigten der Rettungsdienste von Deutschem Roten Kreuz, Johanniter Unfallhilfe oder Malteser Hilfsdienst fürchten, dass die Region Hannover die Rettungsleistungen europaweit ausschreibt. Privatfirmen erhalten dann den Zuschlag, Kranke und Verletzte zu transportieren. Die Regionsversammlung hat nun beschlossen, die Rettungsleistungen nach dem sogenannten Konzessionsmodell zu vergeben. Die Region will dabei die Ausschreibung so zuschneiden, dass die Wohlfahrtsverbände wie bisher zum Zuge kommen. Ob das klappt, ist aber unsicher. Dem Konzessionsmodell liegt ein Landesgesetz zugrunde, das mit heißer Nadel gestrickt wurde. Zu befürchten ist deshalb auch, dass Privatfirmen gegen das Ausschreibungsverfahren klagen werden.



© W.Bröemme / PIXELIO

Diese Unsicherheit ist nicht nur für die Beschäftigten der Rettungsdienste unerträglich. Auch die Qualität der Rettungs-

leistungen steht auf dem Spiel. Schließlich haben nur die Wohlfahrtsverbände beim Rettungsdienst und Katastrophenschutz hinreichende Erfahrung. Die Linksfraktion in der Regionsversammlung fordert deshalb schon seit Jahren, den Rettungsdienst zu kommunalisieren. Gemeint ist, dass die Region

die Rettungsdienste erwirbt und als regionseigene Dienstleistung betreibt. So macht das auch die Landeshauptstadt. „Das ist der beste Schutz vor Lohndumping und unsicheren Arbeitsverhältnissen und garantiert

eine hohe Qualität der Rettungsleistungen“, betont Stefan Müller, LINKEN-Fraktionsvorsitzender in der Regionsversammlung. Er fordert SPD und Grüne auf, endlich entsprechend zu handeln und erinnert beide Fraktionen an ihren Koalitionsvertrag. Darin wird eine Kommunalisierung der Rettungsdienste für den Fall gefordert, dass eine Ausschreibung nicht zu verhindern sei.

## Buntes Bündnis protestiert gegen Bebauung des Klagesmarktes

Mit einer öffentlichen Musik- und Informationsveranstaltung hat im März ein buntes Bündnis von Hannoveranerin und Hannoveranern gegen die Bebauung des traditionsreichen Klagesmarktes protestiert. Die teilnehmenden Organisationen reichten von attac und Transation Town über DIE LINKE bis zu den Ratsfraktionen von FDP und Piraten. Sie alle eint eine kritische Haltung zur von Rot-Grün und Stadtbaurat Uwe Bodemann verfolgten Bebauung dieses öffentlichen Platzes. „Wir wollen den Klagesmarkt weiterhin als Versammlungsraum der Bürgerinnen und Bürger nicht nur für die 1. Mai-Kundgebungen der Gewerkschaften erhalten“, betont Oliver Förste, Vorsitzender der Linksfraktion im Rat. Bereits seit dem Mittelalter, damals noch als Viehmarkt, wird der Klagesmarkt von den Menschen der Stadt und des Umlandes genutzt. Auch jetzt noch gastieren dort kleine Schausteller. Immer wieder ist der Platz zudem ein beliebter Ort für Kundgebungen und Versammlungen - wie schon

in der Weimarer Republik, als Sozialdemokraten und Kommunisten dort gegen die Nationalsozialisten protestiert haben.

„Hannover lebt auch von seinem Freiraum, und die Menschen brauchen offene Plätze, um sich dort zu treffen und wohlzufühlen“,



stellt Oliver Förste fest. „Es ist eine völlig überholte Politik, die Stadt durch das Zubauen ihrer Plätze weiter zu verdichten - auch

aus Umweltgründen in Zeiten des Klimawandels. Gerade der Klagesmarkt ist mit seiner in Nord-Süd-Richtung gestreckten Fläche ein breites Einfallstor für abkühlende Winde, wenn die City sich im Sommer unerträglich aufheizt.“ Zurzeit bietet der Klagesmarkt allerdings keinen schönen Anblick. DIE LINKE

schlägt deshalb vor, den Platz zu verschönern, ohne ihm seine Funktion als Versammlungsraum zu nehmen: mit kleinen Grünflächen und Bäumen, abgeteilten Sitzecken, einem Parcours für Skater/innen und einer fest installierten Bühne für Veranstaltungen. Verwaltung, SPD und Grüne haben leider andere Pläne, auch wenn zunächst noch ein großes Hindernis beseitigt werden muss:

Ein Bunker aus dem 2. Weltkrieg unter dem Platz, dessen Beseitigung noch richtig teuer werden kann.

## Im Bezirksrat engagiert für Kinder und Jugendliche



Irene Hagen, Bezirksratsfrau aus Kleefeld

Hartz IV ist für Irene Hagen vor sechs Jahren der entscheidende Grund gewesen, in die Politik zu gehen. Sie trat in die Wahlalternative für soziale Gerechtigkeit und

wenig später in die PDS ein. Heute engagiert sich die 48-jährige linke Bezirksratsfrau vor allem in der Bildungspolitik. Die Bildung in den ersten Lebensjahren und die Schulbildung sind Bereiche, in denen sich die pädagogische Mitarbeiterin an einer Kleefelder Grundschule mit ihrem beruflichen Know-how gern einbringt. Entsprechend streitet sie im Bezirksrat Buchholz-Kleefeld bei den Krippenplätzen für eine deutlich höhere Betreuungquote als 40 Prozent, die Rot-Grün im Rat beschlossen hat. „Zwischen 60 und 70 Prozent der hannoverschen Eltern haben den Wunsch, einen Krippenplatz zu nutzen“, gibt Irene Hagen zu bedenken. Die offene Ganztagsgrundschule will sie zu einer gebundenen Ganztagssschule weiterentwickeln mit Unterricht durch ausgebildete Pädagogen für alle Kinder auch am Nachmittag. Immer wieder machte sie in den vergangenen Monaten auf die neonazistischen Umtriebe in Kleefeld aufmerksam und beteiligte sich an Mahnwachen. Hagen erreichte schließlich, dass der Bezirksrat zum Rechtsextremismus

eine Anhörung organisierte und einen Präventionsrat ins Leben rufen wird.

Aufgewachsen im thüringischen Gotha absolvierte Irene Hagen nach einer Lehre zur Zootechnikerin die Fachschule für Erzieherinnen für Jugendliche. Die Mutter dreier Kinder und heute dreifache Großmutter kam schließlich 1990 nach Hannover. Seit 17 Jahren schon lebt und arbeitet sie Kleefeld. Viel Freizeit bleibt ihr bei all den Verpflichtungen kaum, aber der regelmäßige Spaziergang mit ihrem Hund Fiete ums Häusereck muss sein. Und natürlich liegen ihr die Enkelkinder am Herzen. „Das ist Leben, viel Leben“, sagt Irene Hagen und streitet weiter im Bezirksrat für eine lebenswerte Zukunft von Kindern und Jugendlichen.